

Schulabbau in Schied-Gachsen

Überführung der Schulklassen in Kleinwelka. 50 Kinder zusammengepackt. Gegen Schulreaktion markiert auf am Weltkriegsflag der Arbeiter, am 1. Mai!

Die schärfste Notverordnung betr. Sparmaßnahmen auf dem Schulgebiete hat auch in unserem Orte sehr seine verheerenden Auswirkungen gefunden. Es sind jetzt zwei Schulklassen zusammengelegt worden, so daß die eine Schulklasse an der Volkshalle in Großwelka 50 Kinder umfaßt. Die Eltern führen jetzt eine Unterschriftenliste gegen diese Mißstände durch, wofür abets stehen darf, sondern sich in diese Listen zum Zeichen des Protestes eintragen muß, darüber hinaus gilt es auch die Eltern zu gewinnen, bei deren Kindern heute diese Maßnahmen noch nicht durchgeführt werden, denn morgen schon kann eine weitere Zusammenlegung der Klassen erfolgen!

Im Interesse der Kinder, denen der Lehrer infolge dieser hohen Kinderzahl noch nicht einmal das nötige Wissen übermitteln kann, fordern die Eltern Zurücknahme dieser Maßnahmen. Im Schulort sind befinden sich allerdings Leute, welche kein Verständnis für die Notlage des proletarischen Kindes haben, denn diese Leute wie Rittergutsbesitzer und Vorsteher des Arbeitsamtes Bauhen, von Vorberg, sowie der „beliebte Graf“ von Wittlinghof-Riesch usw., welche ihre Kinder auf die höheren Schulen schicken, haben keinen Anlaß, gegen diesen Schulabbau auf dem Gebiete der Volkshalle zu protestieren, denn Proletarierkinder sollen ja Mühsal und Rechte dieser Herren werden. Die Elternschaft wird auch hier einmal ihr Recht auf eine Vertretung im Elternrat geltend machen und diesen Herrschaften zeigen, daß sie nicht willens sind, ihre Kinder der Kulturreaktion und dem Schulabschlusssampf preiszugeben!

Einzelnen in die Listen und eine Schulklassenliste gegen diese Schulabbaumaßnahmen zu bilden, ist das Gebot der Elternschaft!

Pflichtarbeit und Freibier

(Arbeiterkorrespondenz 534)

Mit Aussicht auf spätere Freibier will man den Wohlfahrtskommissionen von Dittelsdorf die Pflichtarbeit schmachtlich machen. „Wenn zum Herbst die Pflanzarbeiten fertig ist, gebe ich ein Bier und ihr Erwerbslosen, die ich bis zum Herbst alle in die Unterstüßung bringen werde, ihr geht auch was mit dazu, dann machen wir mal ein richtiges Fest“, so sagte der sozialdemokratische Bürgermeister von Dittelsdorf, als er den Wohlfahrtskommissionären die Pflichtarbeit beschrieb. Durch schöne Reden und den Hinweis auf Unterstüßungsgeld und da keine richtige Einigkeit unter den Erwerbslosen vorhanden ist, ist es ihm gelungen, am Dienstagfrüh die Arbeiter dafür zu kriegen.

Die Kommunistische Partei verlangte sofortige Enderkungung des Gemeindeparkaments, welches keine Erlasse davon wußte. Trotzdem die Gemeinde den 10. Pfennig-Zuschlag bezahlt, sowie Arbeiten aus dem Haushaltplan auch als Pflichtarbeit gemacht werden sollen, hält es der SPD-Bürgermeister nicht für nötig, daß die Gemeindevorordneten darüber beraten.

Auch wird mit bewußtem Schwindsel operiert von Seiten des Oberhauptes der Gemeinde, Dittelsdorf wäre die letzte Gemeinde,

die Pflichtarbeit einführt, auch der Kommunistische Mensch wäre nicht mehr dagegen, weil es keinen Zweck mehr habe. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Erwerbslosen besser zusammenschließen unter der Führung der KPD, für ein freies sozialistisches Deutschland, wo es keine Arbeitslosen mehr gibt und keinen SPD-Bürgermeister, der Pflichtarbeit anordnet.

Rüttelt auf
ALLE ARBEITER
GEGEN HUNGER UND FASCHISMUS!
Vorwärts die kämpferische
Majestät der KPD
Kampfmaj 1932

Zonsdorfer SPD-Führer als Denunzianten

Zonsdorf. Am Donnerstag fand vor dem Amtsrichter in Zittau eine Verhandlung gegen zwei kommunistische Arbeiter statt. Laut Anklage sollen sie an das Verkehrsauto nicht gemeldete Plakate angeklebt haben. Angeklagter und Befragungsgenossen waren der sozialdemokratische Gemeindevorordnete Engler aus Zonsdorf und der Chauffeur Sadweh, der ebenfalls der SPD angehört. So betätigen sich diese Herren „Arbeitervertreter“.

Vor Gericht gaben sie an, gesehen zu haben, wie sich die zwei Angeklagten an das Auto herangeschlichen hätten, um das Plakat anzukleben. Der Genosse Wehnert habe durch langames Ein-

Die Oberlausitz

Neues aus Bauhen

Die Kreishauptmannschaft Bauhen wird nach einer Verfügung der Sächsischen Regierung aufgelöst!

Das Delikt betraf nach den Angaben des Oberbürgermeisters Niedner in der letzten Stadtverordnetenversammlung bereits 500 000 Mark. Er mahnt zur größten Sparfamkeit.

Wie wir erfahren, soll das Stadtsäckel damit saniert werden, indem auf Kosten der Erwerbslosen und Bürgerempfehlungen große Einsparungen vorgenommen werden, und der bisherige Gas- und Stromertrag, Brotmarken usw. in Fortfall kommen.

Das Kinderheim der Stadt im Rautenpark ist geschlossen und der Rat hat auf Antrag der SPD die Eröffnung in Aussicht gestellt. Die SPD sucht dies als einen großen Erfolg!

Wir Kommunisten haben uns schärfstens gegen die Schließung gewendet und die Wiederanbahnung gefordert. Der Stadtrat sagt: Wenn Geld dazu da ist!

Arbeiterkassen müssen sich rühren und mit dem Spitz kämpfen für Kinderheime, gegen Schul- und Kulturreaktion.

Kassiererkonferenzen

am 23. April, 20 Uhr, in Bautzen im Rest. Drei Linden. Es müssen alle Ortsgruppenkassierer im ehem. Unterbezirk Bautzen daran teilnehmen.

am 24. April, 9 Uhr, in Zittau im Zirkus-Rest. Es müssen alle Ortsgruppenkassierer im ehem. Unterbezirk Zittau daran teilnehmen.

Helgen ins Auto begünstigt, daß das Plakat angeklebt werden kann. Außerdem habe Wehnert den Beifahrer Engler recht höflich angelacht. Der eine Angeklagte soll hinten zum Auto hineingekriecht haben und dabei will ihn Engler erkannt haben. Als später das Auto wieder nach Zonsdorf zurückkam, will der Chauffeur bei der Grünen Aue die zwei Angeklagten mit Klebstoff und Plakaten gesehen haben. Dabei will er den Angeklagten Schädldauer erkannt haben, der den Klebstoff hatte. (Erst in der Anzeige hatte er wohl Böhmer dafür angegeben.)

Er hat aus diesem Grunde das Auto halten lassen. Aber sonderbarerweise will dort kein Beifahrer Engler nichts gesehen haben. Also Sadweh erkennt jetzt den Mann und Engler sieht gar nichts.

Der Amtsrichter war kein Salomo, von den Widersprüchen wurde er nichts gewahrt. Seine einzige Kunst bestand darin, immer wieder auf die zwei Angeklagten einzureden, sie sollten doch ihre Tat eingestehen. Da diese jedoch beim besten Willen nicht etwas zugeben konnten, was sie nicht gemacht haben, fällt er das Urteil, gesteht auf die unter Eid gemachten Aussagen von Engler und Sadweh. Er machte die Zeugen nicht darauf aufmerksam, daß sie zum Protokollprotokoll wesentlich andere Aussagen gemacht haben. So haben sie im ersten Protokoll angegeben, Genosse Wehnert sei in den Wagen eingestiegen und habe sich hinten vor das Fenster aufgestellt, um die Sicht zu verperren. Richtig an der ganzen Angelegenheit ist nur, daß die zwei Genossen Schädldauer und Böhmer an dem betreffenden Abend mit Genossen Wehnert an der Haltestelle gestanden haben. Mit Anklage hat diese Genossen nichts zu tun gehabt.

Die Angaben von Engler und Sadweh sind erlogen und zeigen, wie skrupellos diese Leute handeln, wenn es gilt, Proleten zu denunzieren. Wir fordern hiermit diejenigen, die über diese Angelegenheit sachdienliche Angaben machen können, auf, sich bei der Ortsgruppenleitung der KPD in Zonsdorf zu melden, damit in der Verhandlung die Niederträchtigkeit der Engler und Co. gebrandmarkt werden kann.

Selbst wenn die beiden Genossen das Plakat angeklebt hätten, so wäre die Handlungsweise der beiden SPD-Leute eine Gemeinheit, denn — „der größte Schand im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!“

Öffentliches Zeugnis

„Hiermit erkläre ich, daß ich jederzeit bezeuge, daß die Genossen Schädldauer und Paul Böhmer, Zonsdorf, auf keinen Fall ein Plakat am Verkehrsauto angebracht haben können, da sie, als ich bis zur Ankunft des Autos mit ihnen zusammenstand, keinerlei Klebematerial bei sich hatten und sich auch unmöglich noch welches verschafft haben können. Martin Wehnert, Zittau.“

Geständnis eines SPD-Gemeindevertreters

In der Sitzung der Gemeindevorordneten von Kammenau wird zuerst Stellung zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer genommen. Unser Genosse stellt den Antrag auf Ablehnung der genannten Erhöhung, was auch einstimmig beschlossen wird. Als weiterer Punkt liegt die Frage der Arbeitslosen-Randfindlung vor. Dabei leistet sich der SPD-Gemeindevorordnete Klemm die Frechheit, zu erklären, daß heute jeder froh sein müßte, wenn er noch ein Loch zum Wohnen habe. Jedenfalls konnten die zahlreichen erschienenen Zuhörer feststellen, wer ernsthaftes Gemeindepolitik treibt und wer die Forderungen der Erwerbslosen wirkungslos unterstüßt.

1. Mai in Freital

Stellplatz zur Demonstration: 13 Uhr Sportplatz an der Fabrik in Freital-Deuben. Abmarsch 13.30 Uhr. Rundgebung 10 Uhr im Goldenen Löwen. Mitwirkende: Arbeitervereine „Simon“, Arbeiterjugend, Blauschnepper

„Wir kämpfen mit!“

Arbeiterkinder schreiben von ihrem Lebensleben. Kinder der Erwerbslosen in Berlin, Kinder der Bergleute von Saar und Ruhr, Landarbeiterkinder Ostpreußens und Westfalens.

Diese Briefe beweisen aber auch: Unsere Kinder in Hunger und Not kämpfen mit uns. — Die Kinderbriefe sind mit vielen Zeichnungen illustriert. Alle Arbeiterkassen sollten sich diese Broschüre an. Sie kostet nur 10 Pfennig.

Verlegung der Schlachtviehmärkte in Dresden

Wegen des Dummheits- und des Pflanzstoffs werden die Messen Schlachtviehmärkte in den betreffenden Wochen wie folgt abgehalten:

Woche 1. bis 7. Mai: Montag, den 2. und Mittwoch, den 4. Mai, Woche 15. bis 21. Mai: Dienstag, den 17. Mai (Donnerstagsmarkt fällt aus).

Amliche Bekanntmachung

Die vom 26. August bis 30. September 1931 ausgenommenen, bis Ende Dezember 1931 fällig gewordenen Pfanddarlehen sind bis 3. Mai 1932 zurückzahlen oder die Pfandverträge zu verlängern, sonst werden die Pfänder vom 18. Mai an versteigert.

Befucht die eigenen Heime!

Das Kur- und Erholungsheim „Moyr“, die Erholungsstätte der Werkstätten in Eigersburg Thüringer Wald ist auch in diesem Jahre wieder geöffnet. Wer seinen Urlaub so verbringen will, daß er auch wirklich Erholung findet, in herrlicher Gegend des Thüringer Waldes und im Kreise von Genesungsgenossen, der veräume nicht, unser „Moyr“-Heim zu besuchen.

Der Pensionspreis, 3,50 pro Tag, ohne jeden Zuschlag, ist im Verhältnis zu dem Gebotenen so gehalten, daß es sich wirklich lohnt, keine Erholung in Eigersburg zu suchen!

Anfragen und Auskünfte, sowie Anmeldungen sind zu richten an: Kur- und Erholungsstätte „Moyr“ Eigersburg i. Th.

Polizeischikane gegen die KPD in Bauhen

Der Bauhener Polizeibürgermeister Förster unterdrückt die Agitation und Propaganda der KPD, Ortsgruppe Bauhen in der schärfsten Art und Weise.

Zum ersten Wahlgang verbot er kommunistische Werbeaufmärsche, mit der Irreführung Begründung, daß Ausmärsche daran teilnehmen würden, was ein Verstoß gegen die Notverordnung der Hindenburg-Weinling-Regierung sei.

Nazis und Reichsbanner, „Eiserne Front“ marschieren fast jeden Abend mit der Hälfte auswärtiger Demonstrationen in der Stadt herum. Der „rote Beobachter“, die Stadtzeitung der KPD Bauhens, brandmarkt dies öffentlich und forderte vom Polizeibezirkskommandanten Dr. Förster eine Erklärung für seine unangehörigen Maßnahmen. Polizeibezirkskommandant Förster antwortete darauf mit der Beschlagnahme der Stadtzeitung.

Diese einseitigen Maßnahmen der Bauhener Polizeibehörde beschlagnahmte auch den Bandtag und Förster, welcher in Bauhen als kommunistischer Bekannter ist, wachte andere Mittel gegen die KPD an.

Die Ortsgruppenleitung der KPD erhielt einen Brief, worin mitgeteilt wird, daß sie für die in der Stadt an Mauern und Bretterwänden hängenden Parolen verantwortlich gemacht

wird, und wenn die nicht unterlassen oder wegkommen, er sämtliche Veranstaltungen der KPD verbietet. Die Auswirkungen zeigten sich auch beim roten Volksfest, indem die Genehmigung zur Demonstration und Versammlung erst in letzter Stunde herauskam und somit der Erfolg etwas zu wünschen übrig ließ.

Die Stadtzeitung „Der rote Beobachter“ wurde bis zum 31. Juli verboten! Die Begründung ist für jeden Proletarier leicht lehrreich. „Verleumdung öffentlicher Beamter“, welche lo aussieht, daß diese es nicht einmal wagen, gegen den Verantwortlichen wegen Verleumdung oder Verleumdung vorzugehen, noch dazu, wo Beamtenverleumdung die Staatsanwaltschaft verfolgt.

Die ganzen Verbotgründe sind an den Haaren herbeigezogen, um die Stimme des revolutionären Proletariats zum Schweigen zu bringen. Die Bourgeoisie und ihre Schwalben wollen Friedhofruhe. Neuer Lohn- und Unterstüßungsabbau steht bevor, schärfere Massenbesetzung und Ausbeutung wird durchgeführt!

Gemach ihr Herren, wir sind nicht zu verbieten! Trotz Verbot und Unterdrückung markiert die rote Klassenfront vorwärts!

Die „Fürsorge“ der Reichenauer Schied-Organe

Von Amt zu Amt geht. Für die Familie nur 6 Mark auf 14 Tage zum Leben bewilligt. Antwortet durch reiflose Beteiligung am roten Massenaufmarsch zum 1. Mai

Reichenau. Alles hat zwei Seiten! Um nun diesen Spruch in die Tat umzusetzen, gibt sich nun auch unser Bürgermeister die reiflose Mühe, was folgender Vorfall zur Genüge kennzeichnet. Wenn es gilt, Opfern der sozialistischen Mißwirtschaft die Segnungen der Republik schmachtlich zu machen. Hatte da ein Erwerbsloser das „besondere Glück“, auf „Stottern“ seine 28 Wochen vollzudienen, um in den Genuss der Hungerpensen zu gelangen, aber auf Grund seiner letzten schwermütigen Arbeit sollte er eine vierzehntägige Karenzzeit durchmachen, was in verständlich veranlagte, um Wohlfahrtsunterstützung nach-

zusuchen, mit dem Erfolg, daß ihm für sich und Familie ganze 6 Mark zugewilligt wurden. Als denkender Mensch ist es wohl verständlich, daß selbiger der Wohlfahrtskommission erklärte, mit dieser Summe unter den heutigen Verhältnissen nicht auskommen zu können, worauf diese auf Grund ihrer sozialen Unkenntnis zur Antwort gab: „Nun, da hätten Sie sich eben müssen was retourlegen!“ Wundern muß man sich, daß sie gerade als alleinlebende Person mit 120 Mark Monatsgehalt Antrag gestellt hat, um Erhöhung ihres Gehaltes. — In der Hoffnung, da der Bürgermeister bei jeder passenden Gelegenheit zu verstehen gibt, daß er volles Verständnis habe für die Not der Erwerbslosen, bei selbigem mehr Anerkennung seiner Not zu finden, wandte er sich an denselben. Aber der Mensch lert sich, so auch hier, denn die Antwort war: „Mit 6 Mark braucht noch lange kein Mensch verhungern!“ Nun, mit seinem in der heutigen Zeit immer noch annehmbaren Gehalt glauben wir es gern. Aber jedenfalls zeigt es sich wiederum, daß diese Kreise kein Verständnis haben für die Kermis der Armen. Beim nachmaligen Vorstellungsverband beim Bürgermeister, nachdem der Erwerbslose Verbandsmitglied beim Bezirksverband Zittau eingeklagt hatte, wobei der Bürgermeister telefonisch anfragt, gab der Bezirksverband zur Antwort, der Betreffende wäre nicht dort gewesen! Also so arbeiten Bezirksverband und Gemeindevorstand in Hand! — Erwerbslose, Werkstätten, macht Schlag mit diesem System, reißt euch ein in die rote Klassenfront für ein sozialistisches Deutschland!

Das Büro der UBE der Erwerbslosen sowie des Erwerbslosen-Ausschusses Groß-Dresdens befindet sich jetzt Rajenstraße 100, 5. Etage rechts. Fernsprecher 21393.

Oberseifersdorf an der Front des sozialistischen Wettbewerbs

Im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs der Ortsgruppen Zittaus, Zonsdorf und Oberseifersdorf gelang es den Genossen von Oberseifersdorf im benachbarten Großhennersdorf einen neuen Stützpunkt der kommunistischen Partei zu schaffen. 14 Arbeiter, davon 2 Frauen, traten in die Partei ein; sie geleiten ihre ganze Kraft im Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland einzulegen.

Die Ortsgruppe Oberseifersdorf ward noch fünf neue Genossen, davon drei Frauen, weitere Ergebnisse folgen!

Parteilagenossen der anderen Ortsgruppen und Zellen, wann legen eure Wettbewerbsbeiträge?

Schafft an allen Fabriksstellen, Häuserblocks und Stempelstellen neue Kraftquellen für die kommunistische Partei und den kommunistischen Jugendverband!